

Versammlung der Regionen Europas

Politischer Bericht

Die Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben auf regionaler Ebene



Mai 2014

Lilla Merabet
Regionalrätin - Elsass (F)
Präsidentin des VRE-Unterausschusses Jugend



Vorwort der Berichterstatte



Liebe Kollegen,

Europa befindet sich zurzeit in einer schwierigen Wirtschaftssituation. Junge Menschen sind besonders von der Krise betroffen, da die Jugendarbeitslosigkeit Tag für Tag neue Höchstwerte erreicht. Eine ganze Generation hat an der Schwelle zum Erwachsenenleben mit Problemen zu kämpfen und fühlt sich nicht nur vom Arbeitsmarkt, sondern auch vom demokratischen Leben ausgeschlossen. Infolgedessen wächst das politische Misstrauen, während die Jugendbeteiligung kontinuierlich sinkt. Dies könnte desaströse Folgen für die Zukunft der europäischen Demokratien haben, wenn man bedenkt, dass die jungen Leute von heute die Wähler von morgen sind.

Deshalb muss die Einbindung junger Menschen in den Entscheidungsprozess für uns Vorrang haben. In den vergangenen Jahren sind bereits auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene Maßnahmen zur Schaffung eines intensiven Dialogs zwischen Jugendlichen und Politikern entstanden. Regionen, die Humankapital für ihre wichtigste Ressource halten, wenden erhebliche finanzielle Mittel für Bildung, Ausbildung und die Förderung der Bürgerschaft auf. Politische Verantwortung, das bedeutet auch, Vertrauen in unsere jüngeren Bürger zu haben und ihnen Zugang zu staatsbürgerlicher Bildung zu bieten. So hat die Region Elsass mit der Schaffung des Jugendparlaments im Jahr 2011 beispielsweise ihre jüngeren Bürger als gleichwertig anerkannt und erlaubt ihnen so, Akteure ihrer eigenen Zukunft zu sein. Die Region Elsass möchte nun ihre Erfahrung teilen und hat beschlossen, einen politischen VRE-Bericht über die Beteiligung von Jugendlichen am demokratischen Leben zu verfassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei folgenden Regionen und Organisationen bedanken, die sich an der Erarbeitung dieses Berichts beteiligt haben:

- Elsass (Frankreich)
- Alba (Rumänien)
- Donezk (Ukraine)
- Fribourg (Schweiz)
- Nordland (Norwegen)
- Sankt Gallen (Schweiz)
- Vojvodina (Serbien)
- Västernorrland (Schweden)
- Dolnoslaskie (Polen)
- Verband der Agenturen für lokale Demokratie (ALDA)
- Kongress des Europarates

Im Namen der VRE möchte ich mich ebenfalls beim Regionalen Jugendnetzwerk der VRE für die Zusammenarbeit und seinen Beitrag zu diesem Bericht bedanken.

Das vorliegende Dokument stellt bewährte Verfahrensweisen vor und spricht Empfehlungen aus, wie junge Menschen in das demokratische Leben in unseren Regionen eingebunden werden können. Diese werden den politischen Verantwortungsträgern sicherlich bei der Ausrichtung ihrer Positionen auf die Bedürfnisse der betroffenen Bürger von Nutzen sein.

Ich hoffe, dass dieser Bericht am Vorabend der europäischen Wahlen von den Entscheidungsträgern bei ihrer Arbeit berücksichtigt wird und dass wir gemeinsam eine höhere Jugendbeteiligung erreichen und dadurch das demokratische Europa von morgen stärken können.

Lilla Merabet

Regionalrätin – Elsass (F)

Präsidentin des VRE-Unterausschusses Jugend

Kontext

In den vergangenen Jahren hat man eine rückläufige Jugendbeteiligung in Europa festgestellt. Dieses mangelnde Interesse an öffentlicher Politik ist mit der aktuellen Wirtschaftslage verbunden. Diese jungen Menschen gehören überwiegend einer Generation an, die die Europäische Kommission in der Regel mit dem Begriff « NEET » bezeichnet. Sie sind nicht in Schulausbildung (not in education), nicht in Arbeit (not in employment) und nicht in Berufsausbildung (not in training). Folglich fühlen sich diese Bürger nicht nur vom Arbeitsmarkt, sondern auch vom demokratischen Leben ausgeschlossen.

Dennoch setzen Regierungen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene Maßnahmen mit dem Ziel um, den Jugendlichen Gehör zu verschaffen. So hat beispielsweise die Region Elsass 2011 ihr Jugendparlament gegründet und ihm die volle Entscheidungsbefugnis für bestimmte Regionalpolitiken gegeben, die Jugendliche betreffen. Mit ihrer Strategie will die Region Elsass junge Menschen als gleichwertige und ernsthafte Bürger betrachten, weil sie einen Mehrwert für die europäischen demokratischen Systeme darstellen. Damit die Region für junge Menschen, die ihre ökonomische Entwicklung in den kommenden Jahren prägen werden, attraktiv bleibt, verpflichteten sich die regionalen Behörden, Jugendliche am öffentlichen Leben zu beteiligen und territoriale Verankerung zu ermöglichen. Die Region investiert in ihre eigene Zukunft, indem sie ihre jungen Menschen zu verantwortungsvollen Bürgern ausbildet.

Im Hinblick auf die 2014 bevorstehenden europäischen Wahlen stellt eine geringe Wahlbeteiligung zudem eine Bedrohung für die Demokratie sowie für die europäische Integration dar und lässt nationalistischen und euroskeptischen Parteien Raum für die Übernahme traditioneller Institutionen. Deshalb muss die Einbeziehung junger Menschen in politische Entscheidungen eine Priorität werden. Die Jugendlichen von heute sind die Führungskräfte von morgen: In ihre Bildung investieren heißt demokratische Institutionen stabilisieren.

Dieser Bericht weist auf drei wichtige Feststellungen hin. Zuallererst haben die jungen Leute das Gefühl, dass die Entscheidungsträger ihnen nicht zuhören, und glauben folglich nicht an demokratische Wahlen. Sie müssen daher

überall in Europa im Mittelpunkt der politischen Debatten stehen. Zahlreiche VRE-Mitgliedsregionen haben junge Aktivisten durch die Schaffung von Jugendversammlungen, Jugendräten und Jugendparlamenten in ihren Verwaltungseinrichtungen Entscheidungsbefugnis gegeben. Diese Aktionen müssen ausgeweitet und gefördert werden.

Denn obwohl junge Menschen nicht das Gefühl haben, dazuzugehören, haben sie eine Menge innovativer Ideen und sind sehr daran interessiert, diese auf ihre eigene Weise zu teilen. Die Politik sollte ihre Meinung berücksichtigen, besonders in Bezug auf Themen, von denen junge Menschen direkt betroffen sind. Ein engerer strukturierter Dialog zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern könnte eine Lösung für die sinkende Jugendbeteiligung sein. Man hat festgestellt, dass Jugendliche sich tatsächlich für Politik interessieren. Sie äußern sich aber auf neue Art und Weise mithilfe von Online-Medien, durch Freiwilligentätigkeit oder indem sie auf die Straße gehen. Deshalb liegt es in unserer Verantwortung, den Dialog zwischen Jugendstrukturen und Entscheidungsträgern zu fördern. In diesem Zusammenhang betont der Bericht die Tatsache, dass traditionelle Institutionen mit Jugendlichen in Verbindung treten und ihre Politiken an das digitale Zeitalter anpassen müssen.

Trotz dieser Veränderungen demokratischer Praktiken müssen wir das Interesse von Jugendlichen an traditionellen Institutionen der repräsentativen Demokratie fördern und sie über ihre Rechte als vollwertige Bürger informieren. Das ist in der Tat die einzige Möglichkeit, ihnen effektiv Gehör zu verschaffen. Bei der Jugendbeteiligung geht es aber nicht nur um das Wählen. Sie ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung, um den Bürgern demokratische Praktiken zu vermitteln. Jugendliche sollten zu verantwortungsvollen Bürgern heranwachsen und lernen, zu diskutieren und Ideen auszutauschen. Deshalb darf Bildung nicht vergessen werden, wenn es um die Frage der Jugendbeteiligung geht.

Feststellungen, bewährte Verfahrensweisen und Empfehlungen

Feststellung 1

Junge Menschen werden nicht systematisch in Entscheidungsprozesse eingebunden und nicht ermutigt, sich daran zu beteiligen. Regionale Behörden sollten junge Menschen als vollwertige Partner anerkennen. Ferner sollten spezifische Strukturen geschaffen werden, um dieses Ziel zu unterstützen.

In allen Beiträgen wiesen die Partner des Berichts auf die Rolle von Jugendstrukturen – wie etwa Jugendräten – hin, um junge Menschen mehr Mitsprache bei der Umsetzung von dem, was eine jugendpolitische Komponente haben sollte, zu ermöglichen. Sie sind alle der Meinung, dass junge Menschen vollwertige Akteure der Maßnahmen sein sollten, die sie betreffen, unmittelbare Verantwortung für Projekte übernehmen und eine aktive Rolle in damit zusammenhängenden Maßnahmen spielen sollten.

Gemäß dem Beitrag von Dolnoslaskie besteht die beste Möglichkeit, ein aktuelles Problem zu lösen, in der Einrichtung von Jugendräten: Junge Menschen werden nicht immer von Politikern gehört oder als ernsthafte Partner wahrgenommen. Ziel dieser Plattformen ist es daher, eine bessere Beteiligung der Jugend am öffentlichen Leben sicherzustellen sowie einen echten und nützlichen Dialog zwischen ihnen und den regionalen Behörden zu begründen.

In Europa gibt es bereits einige Strukturen. Jeder Partner des Berichts hat die bewährten Verfahrensweisen seiner Region im Hinblick auf die Jugendbeteiligung vorgestellt und Möglichkeiten aufgezeigt, wie diese ihrer Meinung nach entwickelt werden könnten.

Bewährte Verfahrensweisen

Jede Region kann frei entscheiden, welche Art von Gremium geschaffen werden soll, um die Jugendbeteiligung zu fördern. Dabei ist keine Option besser als die andere. Wichtig ist, dass die regionalen Behörden Jugendstrukturen fördern und unterstützen, damit diese aktiv sein können und als ernsthafte Bestandteile der Regionalpolitik angesehen werden.

Jugendstrukturen können somit (aber nicht nur) in Jugendräten verkörpert werden. Gemäß dem elsässischen Jugendparlament sollten verschiedene

Arten des kollektiven Engagements entwickelt werden. Dies ist tatsächlich eine Frage der Traditionen in den verschiedenen Regionen.

Es gibt verschiedene Ebenen der Jugendbeteiligung in der Regionalpolitik: Konsultation, Ausschuss, Ko-Management, Zusammenarbeit, gemeinsame Projekte und Initiativen usw.

Derartige Strukturen bieten jungen Menschen die Möglichkeit, sich auf unterschiedliche Weise zu beteiligen: an Plenarsitzungen von Regionalräten teilnehmen, Vorschläge zu verschiedenen Politiken machen, nur Vorschläge zur Jugendpolitik machen oder Jugendprojekte auf regionaler Ebene unabhängig entwickeln und überwachen, usw.

In Donezk ist beispielsweise das Studentenparlament ein beratendes und beschlussfassendes Kollegialorgan des Regionalrates Donezk. Seine Mitglieder können an Sitzungen des Rates und seiner ständigen Ausschüsse teilnehmen, Empfehlungen aussprechen und Vorschläge machen.

Zu den bewährten Verfahrensweisen der Beteiligung von Jugendlichen am Entscheidungsprozess in Donezk gehört das Projekt "Die Zukunft beginnt heute": Dabei hatten Mitglieder des Studentenparlaments im Rahmen eines zweiwöchigen Praktikums in Stadträten der Region die Möglichkeit, die Struktur solcher Räte kennenzulernen, den Abgeordneten bei ihrer Arbeit zuzusehen, ihre jugendpolitischen Programme zu prüfen und Empfehlungen für ihre Umsetzung auszusprechen.

In Västernorrland ist es Aufgabe des Regionalen Jugendausschusses, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und eine öffentliche Meinung zu bilden.

In der Region Elsass wird das Elsässische Jugendparlament seit 2011 in Bezug auf regionale Projekte und Maßnahmen für Jugendliche vom Regionalrat konsultiert. Das elsässische Jugendparlament, das aus drei thematischen Ausschüssen besteht, befasst sich mit den wichtigen regionalen Jugendprojekten und entwickelt Vorschläge für konkrete Maßnahmen. Es gestaltet konkrete Maßnahmenvorschläge und trägt daher positiv zu den Regionalpolitiken bei. Das elsässische Jugendparlament ist der dritte Regionalrat dieser Art.

In Sankt Gallen ist das Jugendparlament als Vereinigung organisiert. Jeder Bürger zwischen 14 und 26 Jahren kann Mitglied werden und alle jugendlichen Bürger aus der Region können an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen. Das Jugendparlament Sankt Gallen verfügt über einen eigenen Haushalt und kann eigene Veranstaltungen organisieren (Jugendsitzung, Konzerte, öffentliche Debatten usw.).

Für die Auswahl der Mitglieder gibt es mehrere Möglichkeiten: Wahlen, Bestellungen/Ernennungen, auf freiwilliger Basis, usw.

Sankt Gallen empfiehlt, die Mitglieder der Jugendräte von den Jugendlichen, die sie vertreten, wählen zu lassen.

Im Elsass werden die Mitglieder des Jugendparlaments von einer Jury ernannt, um auf diese Weise eine faire und ausgewogene Vertretung der elsässischen Jugend sicherzustellen. Dabei wird beispielsweise auf objektive Kriterien wie geografische Herkunft, Alter, Geschlecht und Status (Student, Angestellter, Arbeitssuchender usw.) abgestellt.

■ Empfehlungen

Alle Teilnehmer weisen darauf hin, dass die Regionen Jugendstrukturen festlegen und diese am Entscheidungsprozess beteiligen müssen.

Es ist ebenfalls wichtig, sowohl finanzielle als auch materielle Ressourcen (Sitzungsräume, Büros, Computer usw.) zu ihrer Unterstützung bereitzustellen.

Sie sollten jungen Menschen ebenfalls Unterstützung in der Form von Partizipationstraining bieten.

Was die finanziellen Ressourcen anbelangt, schlägt das elsässische Jugendparlament vor, für Jugendstrukturen keinen allgemeinen Haushalt, sondern Finanzmittel zur Unterstützung spezifischer Projekte bereitzustellen. Sankt Gallen empfiehlt dagegen einen spezifischen Haushalt für Jugendräte.

Um die Diversität der repräsentierten Bevölkerung sicherzustellen, sollten Jugendliche mit einem Minderheiten-Hintergrund und Jugendliche mit Behinderungen in Jugendräten vertreten sein.



■ Feststellung 2

Politik wird häufig als eine Welt wahrgenommen, die für junge Menschen unerreichbar ist. Politiker müssen daher einen Weg finden, um das Interesse von Jugendlichen für Politik zu steigern, indem sie moderne Formen der Kommunikation entwickeln, damit das "politische Bewusstsein" von mehr Jugendlichen geweckt werden kann und diese tatsächlich dazugehören.

Wie im Bericht des Kongresses des Europarates von 2012 festgestellt wurde, haben junge Menschen nicht das Interesse an Politik verloren, sie engagieren

sich nur auf unterschiedliche Weise: Sie beteiligen sich an Schulräten, Jugendorganisationen, Jugendarbeit und über die sozialen Medien. Dabei ist es für die heutige jüngere Generation wesentlich, sich Gehör zu verschaffen.

Der Bericht von Västernorrland weist auf die Tatsache hin, dass die Menschen heute mobiler sind und nach schnellen Lösungen und Ergebnissen suchen. Sie interessieren sich mehr für Alltagsprobleme und nutzen im Vergleich zu Erwachsenen andere Kommunikationswerkzeuge. So ziehen sie es beispielsweise vor, über Netzwerke und soziale Medien zu kommunizieren.

Zudem ist hauptsächlich ein Kommunikationsproblem für die Kluft zwischen den Politikern und den jungen Menschen verantwortlich. Sie interessieren sich gewöhnlich nicht für politische Themen, weil die Welt der Politik häufig ein seltsames Konzept darstellt, das sie nicht verstehen und dessen Themen nicht ihre Aufmerksamkeit und ihr Interesse wecken können.

Zu den Aspekten, mit denen wir uns hauptsächlich beschäftigen müssen, gehört nach dem Dafürhalten der Partner dieses Berichts die Förderung der Bürgerschaft von Jugendlichen durch bessere Informationsmethoden. Dadurch sollte es in der Tat möglich sein, das Interesse von Jugendlichen an Politik zu steigern. Nur wenn junge Menschen „politisch erwacht“ sind, wird sich die Kommunikation zwischen Politikern und Jugendlichen durch moderne Formen der Jugendbeteiligung entwickeln.

Bewährte Verfahrensweisen

Für Nordland besteht eine wichtige Maßnahme darin, das Interesse von Jugendlichen an Politik zu steigern, um junge Menschen mit der nötigen Erfahrung entsprechend dem jeweiligen Thema einzubinden. So sollten Schüler zum Thema Schule und Opfer zur Behandlung von posttraumatischem Stress befragt werden. Im Übrigen müssen in den Jugendräten verschiedene Ausschüsse, die sich mit unterschiedlichen Themen befassen, eingerichtet werden, sodass junge Leute sich an den Ausschüssen beteiligen können, für die sie sich interessieren und/oder qualifiziert sind.

So wurden im Elsass drei Ausschüsse eingerichtet.

Zwei befassen sich mit Berufsorientierung, Berufsausbildung und beruflicher Integration auf der einen und Bürgerschaft, Mobilität, Zugang zu Kultur und Lebensbedingungen auf der anderen Seite. Der dritte Ausschuss ist für die Beaufsichtigung von Projekten zuständig, die von Jugendlichen aus der Region bei Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen vorgeschlagen werden.

In Västernorrland kann der Ausschuss ebenfalls Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen einsetzen.

In Dolnoslaskie werden die jungen Abgeordneten sehr bald die Möglichkeit haben, Unterlagen des Regionalparlaments von Niederschlesien an dem Ort vorzulegen, an dem sie leben, z. B. in Schulen, Jugendräten usw. Junge Abgeordnete werden in ihren Heimatstädten Vorschläge für Initiativen sammeln und diese in den Sitzungen des Jugendregionalparlaments vorlegen, wo dann darüber diskutiert und abgestimmt wird. Dies ist eine sehr gute Möglichkeit, um Ideen von Jugendlichen aus dem gesamten Gebiet der Region zu sammeln und ihre Beteiligung sicherzustellen.

In Västernorrland wurde der Regionale Jugendausschuss von und für Jugendliche gegründet. Seine Originalität ergibt sich aus der Art und Weise, wie der Ausschuss errichtet wurde: Um den Jugendausschuss zu gründen, forderte der Bezirksrat Jugendorganisationen, Jugendparteien, Schulen usw. auf, über alle wichtigen Fragen zur Gründung des Regionalen Jugendausschusses zu diskutieren.

Auch die Mitglieder des Regionalen Jugendausschusses in Västernorrland ergriffen die Initiative und setzten während des Vorbereitungsprozesses ein Arbeitsteam ein. Sie beschlossen, einen Informationskampagnenplan für jede Gemeinde zu erarbeiten, um das Interesse zu wecken und ein demokratisches Nominierungsverfahren einzuleiten.

In Vojvodina arbeitet das Provinzialsekretariat für Sport und Jugend daran, junge Menschen für politischen Aktivismus und soziale Integration zu motivieren und freiwilliges Engagement zu fördern.

■ Empfehlungen

Der Donezk-Bericht empfiehlt die Organisation regelmäßiger Sitzungen mit Jugendlichen und Vertretern der lokalen Behörden, um das Kommunikationsproblem zu beseitigen und den Dialog zwischen ihnen effektiver zu gestalten.

Västernorrland schlägt vor, dass Politiker ihre Methoden zur Kommunikation mit Jugendlichen überprüfen und direkt mit ihnen darüber diskutieren sollten, wie die Strukturen für die Beteiligung und Einbindung von Jugendlichen geschaffen werden können. Macht und Verantwortung teilen sind wichtige Faktoren, um die Jugendbeteiligung zu steigern. Politiker sollten die politische Kommunikation mit der jüngeren Bevölkerung intensivieren, besonders durch die Nutzung des Internets als kostenlose und einfache Möglichkeit, Jugendliche zu informieren.

Ein anderer, sehr wichtiger Aspekt, der bearbeitet werden sollte, ist der "körperliche/geografische" Zugang von jungen Menschen zu politischer

Information und Beteiligung. Es ist wirklich sehr wichtig, jungen Leuten in Gemeinden im ländlichen Raum zu helfen, Zugang zu politischer Information zu erhalten und regelmäßig Jugendstrukturen zu besuchen. So sollte zu diesem Zweck etwa der Regionalverkehr von den regionalen Behörden ausgebaut werden und die regionalen Behörden könnten die Mitglieder der Jugendräte finanziell unterstützen, damit diese an ihren Strukturen teilnehmen können.

Wenn in Sankt Gallen eine Jugendsitzung stattfindet, steht diese allen jungen Bürgern aus der Region offen.



■ Feststellung 3

Bildung kommt eine wichtige Rolle bei der Motivation junger Menschen zu.

Wie das elsässische Jugendparlament erklärt, herrscht ein großer Mangel an politischer Information für junge Menschen, und wenn es Informationen gibt, scheint diese häufig zu abstrakt und zu weit von ihrem Leben und ihrer Realität entfernt zu sein.

Jungen Menschen ist oft nicht ausreichend klar, was politische Entscheidungen bewirken können, und Bildung kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Wie der Berichterstatter von Alba sagte: "Die Schule ist die erste Institution, mit der wir in Berührung kommen, unser erster Kontakt mit der institutionalisierten Gesellschaft". Deshalb muss an der Schule Staatsbürgerkunde unterrichtet werden. Aber nicht nur an den Schulen. Bildung ist ein Thema für die Familie, die öffentliche Verwaltung, Nichtregierungsorganisationen und das lokale Umfeld, besonders um junge Menschen zu erreichen, die die Schule abgebrochen haben.

Junge Menschen brauchen Jugendstrukturen, um ihre Bedürfnisse und Sehnsüchte anzugehen, und zwar heute, während sie jung sind, nicht morgen.

■ Bewährte Verfahrensweisen

Laut dem Kongress des Europarates kann bei Kindern ein Interesse an Politik, politischer Entscheidungsfindung und politischer Beteiligung durch die Einrichtung von Schulräten und anderen repräsentativen Gremien in Schulen sowie durch das Angebot in demokratischer Bildung geweckt werden.

Junge Menschen lernen jedoch auch durch nicht formelle Bildung, die sie außerhalb der Schule erhalten, etwa in Jugendklubs und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, etwas über Staatsbürgerschaft.

Sowohl der Europarat als auch die Europäische Kommission haben der nicht formellen Bildung und dem nicht formellen Lernen zu diesem Thema mit High-Level-Entschliefungen einen hohen Stellenwert und eine erhebliche Dynamik beigemessen: der Europarat mit der Entschliefung (2003) 8 zur Förderung und Anerkennung von nicht formaler Bildung und nicht formalem Lernen junger Menschen, die Europäische Union mit der Entschliefung 2006/C168 über die Anerkennung des Wertes von nicht formalen und informellen Lernerfahrungen im europäischen Jugendbereich.

In Vojvodina wurde Staatsbürgerkunde in der ersten Klasse (ab 7 Jahren) des regulären Unterrichts in allen Schulen und Oberschulen eingeführt. Junge Menschen erfahren etwas über ihre Rechte, darüber, wie die Zivilgesellschaft und die staatlichen Institutionen funktionieren.

Zudem wurden an allen weiterführenden Schulen in Vojvodina Schülerparlamente eingerichtet.

■ Empfehlungen

Schulen sind der beste Ort, um mit der staatsbürgerlichen Erziehung zu beginnen, denn hier fängt jeder an. Schule bietet die Möglichkeit, jeden jungen Menschen zu erreichen.

Wie Sankt Gallen erklärt, muss politische oder staatsbürgerliche Bildung sehr viel früher in der Schule beginnen, wie dies beispielsweise in Vojvodina der Fall ist. Außerdem wäre es auch wichtig, sich mit der Rolle von NRO zu befassen, diese in die Schulen einzuladen, sodass sie ihre Aktivitäten vorstellen können, denn auch nicht formelle Bildung ist wichtig.

Vojvodina empfiehlt auch die Unterstützung von kleinen Jugendorganisationen in ländlichen Gebieten, die nicht ignoriert werden dürfen. Es ist wichtig, junge Menschen, die im ländlichen Raum leben, zu erreichen.

Die Beteiligung verstärkt das Gefühl, Teil eines Ganzen zu sein - in diesem Fall Teil der lokalen Gesellschaft. Aus diesem Grund betont das elsässische Jugendparlament, wie wichtig es ist, diejenigen zu erreichen, die die Schule abgebrochen haben, indem alle Arten von Strukturen, die noch Kontakt zu ihnen haben – etwa NRO, Arbeitsagenturen usw. – entsprechend sensibilisiert werden, um die Jugendlichen zu informieren. Damit die Jugendräte repräsentativ sind, sollten auch Schulabbrecher diesen Gremien angehören.

Das elsässische Jugendparlament empfiehlt den Schulen ebenfalls, den Schülern beizubringen, ihre Meinung zu äußern und anderen zuzuhören, sodass sie über Probleme nachdenken und diskutieren können. Dieses Vorgehen wird sehr nützlich sein, um ihr „politisches Bewusstsein“ und ihr Selbstvertrauen zu stärken, um dafür zu sorgen, dass sie sich an regionalen Jugendthemen beteiligen.

Schulen bieten nicht sehr viel unterrichtsfreie Zeit und in der Regel nutzen die Mitglieder von Jugendräten ihre eigene Freizeit für die politische Arbeit. Deshalb kann es für Schüler schwierig sein, Schule und Jugendrat miteinander zu verbinden.

Zu diesem Thema legten die Partner des Berichts etliche Empfehlungen vor: z. B. den Mitgliedern von Jugendstrukturen eine Mindeststundenzahl während der Unterrichtszeit zur Verfügung stellen, oder die Mitgliedschaft in einem Jugendrat als Teil der Ausbildung betrachten und ihnen z. B. auf Universitätsebene ECTS-Punkte zu geben, usw.



■ Fazit

Gemäß den verschiedenen Berichten müssen die Regionen in ihrer Arbeit auf drei wichtige Aspekte achten, um Jugendliche in das demokratische Leben auf regionaler Ebene einzubinden.

Zunächst dürfen die Regionen nicht vergessen, dass es wichtig ist, den Jugendlichen bestimmte Entscheidungsgewalt im Rahmen ihrer Entscheidungsverfahren einzuräumen, da die Jugendlichen von heute die Führungskräfte von morgen sind. Die Stärkung junger Menschen und die Bildung und Ausbildung von Jugendlichen wird zur Stabilisierung unserer Demokratien führen. Die Regionen müssen daher Jugendliche befähigen, sich zu beteiligen und sich Gehör zu verschaffen, indem sie Jugendstrukturen in ihren Verwaltungen implementieren. Es gibt jedoch nicht nur eine mögliche Struktur. In der Tat kann jede Region frei entscheiden, worin für sie, auch in Anbetracht ihrer Gepflogenheiten, die beste Option bestehen würde. So steht es den Regionen frei, entweder einen Rat, ein Parlament oder jede andere Art der Jugendorganisation zu gründen. Wichtig ist hier, den Jugendlichen die Mittel an die Hand zu geben, sich zu beteiligen.

Neben dieser strukturellen Dimension muss ein Dialog zwischen Jugendlichen und Politikern eingerichtet werden. Dieser Bericht weist darauf hin, dass die jüngere Generation nach wie an Politik interessiert ist, aber moderne

Kommunikationsmethoden nutzt. Unter diesem Gesichtspunkt müssen Entscheidungsträger über ähnliche Kanäle mit jungen Menschen in Verbindung treten. Politiker und junge Menschen müssen sich « begegnen », um einen effektiven Dialog zu beginnen und Konfrontationen zu vermeiden. Dieser Bericht empfiehlt, Jugendliche intensiver zu diesem Thema zu befragen, damit Politiker etwas über mögliche Kommunikationsformen in Erfahrung bringen können.

Die dritte Lektion, die sich aus diesem Bericht lernen lässt, besteht darin, die Bedeutung der staatsbürgerlichen Bildung in einer Demokratie nicht zu vernachlässigen. Niemand wird als verantwortungsvoller und mündiger Bürger geboren, sondern dazu gemacht. Politische Verantwortung schließt das Vertrauen in unsere jungen Bürger und ihre Befähigung ein, Erfahrungen in der politischen Entscheidungsfindung durch angepasste, formale und nicht formale Strukturen zu machen. Aus diesem Grund muss die Bildung junger Menschen und die Bereitstellung politischer Information für junge Menschen an erster Stelle stehen. Dies könnte durch die Entwicklung eines staatsbürgerkundlichen Unterrichts in den Schulen erreicht werden, in dem die Schüler lernen würden, wie die Instrumente der Demokratie, zum Beispiel Diskussionen, genutzt werden können. Die nicht formale Bildung sollte ebenfalls nicht vergessen werden. Die Regierungen könnten sich auf die Zusammenarbeit mit NRO, Jugendorganisationen usw. stützen.

Im Großen und Ganzen hat dieser Bericht interessante Praktiken aus den VRE-Mitgliedsregionen zusammengestellt, die die Vorteile einer stärkeren Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben veranschaulichen. Die VRE verpflichtet sich, ihre Erfahrung zu nutzen und Regionen, die bereit sind, einen Jugendrat oder eine andere Struktur einzurichten, zu helfen und zu unterstützen.

Die Annäherung junger Bürger an die Entscheidungsträger bietet den Regionalbehörden die Chance, ihre Attraktivität in den Augen der Jugendlichen, der ersten Ressource für die Regionalentwicklung, zu steigern. Die Einbeziehung junger Menschen in das demokratische Leben und die Berücksichtigung ihrer Interessen garantiert den Regionen Erfolg auf menschlicher, wirtschaftlicher und politischer Ebene. Um künftigen Herausforderungen zu begegnen, müssen Entscheidungsträger tatsächlich heute eng mit den politischen Akteuren von morgen zusammenarbeiten.

Unter Berücksichtigung der bevorstehenden europäischen Wahlen könnte die Stärkung der Stimme der jungen Menschen im demokratischen Leben überdies zu einer Stabilisierung unserer Institutionen und unserer Demokratien führen. In der Tat werden die europäischen Bürger in Kürze Gelegenheit haben, ihre Vertreter im Europäischen Parlament zu wählen. Dies könnte ein entscheidender Augenblick für die Zukunft der Europäischen Union und ihres

demokratischen Systems sein. Das strukturbedingte Problem der Demokratie darf niemals vergessen werden: Demokratie kann sich selbst zerstören. Um dieser Gefahr zu begegnen, müssen die Entscheidungsträger die Jugendbeteiligung und die staatsbürgerliche Bildung fördern. In Anbetracht der steigenden Zahl rechtsextremer Parteien und euroskeptischer Ansichten ist es an der Zeit, dass europäische Politiker, unabhängig davon, ob sie auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene gewählt wurden, die Herausforderung annehmen und jungen Menschen die Chance geben, ein stärkeres Europa aufzubauen, das auf der Souveränität der Menschen beruht. Die Einbindung junger Menschen in das demokratische Leben auf regionaler Ebene steht daher für die Festigung der europäischen demokratischen Modelle durch die Stärkung der Handlungsbefugnis der Bürger von morgen.



Informationen über die Verbreitung des Berichts

Dieser Bericht wird zunächst an alle Präsidenten der VRE-Mitgliedsregionen versandt. Er wird ebenfalls den für Regionalpolitik zuständigen europäischen Kommissaren, aber auch den verschiedenen GD, die sich mit diesem Thema befassen, vorgelegt. Dieser Bericht wird an die zuständigen Mitglieder des Europäischen Parlaments verteilt. Er wird der jeweiligen Präsidentschaft des Rates der EU, den Ständigen Vertretungen der Europäischen Union, dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss kommuniziert. Der Bericht wird bei verschiedenen Konferenzen über Jugendthemen vorgestellt. Schließlich werden die Mitglieder der VRE aufgefordert, den Bericht ihren nationalen Regierungen zuzuleiten und von den in Bericht enthaltenen Empfehlungen und besten Verfahrensweisen Gebrauch zu machen.



Danksagung

Die VRE bedankt sich herzlich bei den Regionen und Partnern, die aktiv an der Vorbereitung dieses Berichts mitgewirkt haben:

- Elsass (Frankreich)
- Alba (Rumänien)
- Donezk (Ukraine)
- Fribourg (Schweiz)
- Nordland (Norwegen)

- Sankt Gallen (Schweiz)
- Vojvodina (Serbien)
- Västernorrland (Schweden)
- Dolnoslaskie (Polen)
- Verband der Agenturen für lokale Demokratie (ALDA)
- Kongress des Europarates



Ihre Region möchten einen politischen Bericht der VRE weiterführen?

Dann informieren Sie bitte das Generalsekretariat der VRE und füllen Sie das Formular zum Vorschlag eines Berichts aus. Sobald Ihr Vorschlag vom Vorstand der VRE angenommen wurde, gewinnen Sie etwa 15 Regionen, die von einem politischen Vertreter Ihrer Region angeführt werden. Dank der Unterstützung des Sekretariats der VRE werden Sie einige Sitzungen mit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe abhalten und in Abstimmung mit allen beteiligten Regionen einen politischen Bericht erarbeiten können, der anschließend vom Präsidium der VRE angenommen und von Ihren Politikern den wichtigen europäischen und nationalen Entscheidungsträgern vorgelegt wird.



Weitere Informationen über den Bericht über die Jugendbeteiligung bei:

Anastasia KIRILOVA

Politikbeauftragte Jugend

a.kirilova@aer.eu

Tel./Fax: +33 3 88 22 74 45

Claudia MESCHÉDE

Koordinatorin Kommission 3

"Kultur, Bildung, Jugend und Internationale Beziehungen"

c.meschede@aer.eu

Tel.Fax: +33 3 88 22 74 35

Weitere Informationen über die Berichte der VRE bei:

Estelle DELANGLE

Direktorin Regionalexpertise

e.delangle@aer.eu

Tel./Fax: +33 3 68 46 00 82

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

6 rue Oberlin,

F-67000 STRASSBURG

